Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7673

14. 08. 90

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/4053 —

Forderungen an ein abrüstungspolitisches Gesamtkonzept

A. Problem

In einem Gesamtkonzept, zunächst vorbereitet für das Treffen der Staats- und Regierungschefs der NATO im Sommer 1989, sollen die Fortschritte und Ergebnisse der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Rüstungen in Europa und die Fortsetzung des atomaren Abrüstungsprozesses auch bei Kurzstreckenwaffen und see- und luftgestützten Mittelstreckensystemen berücksichtigt werden. Es soll daher ein Abrüstungskonzept sein.

B. Lösung

Die politische Entwicklung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und die weitergehenden Verhandlungen um Abrüstung und ein europäisches Sicherheitssystem können zu wesentlichen Fortschritten im Abbau der Gegensätze zwischen Ost und West und zur Verhinderung der Konstruktion, des Baus und der Lieferung neuer Waffensysteme führen.

Ablehnung des Antrags mit Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag — Drucksache 11/4053 — abzulehnen.

Bonn, den 17. Juli 1990

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Stercken	**Lamers**	**Verheugen**	**Irmer**	**Dr. Lippelt (Hannover)**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Lamers, Verheugen, Irmer und Dr. Lippelt (Hannover)

Der Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/4053 — ist in der 141. Sitzung am 28. April 1989 nach einer Aussprache dem Auswärtigen Ausschuß federführend und dem Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden.

Am 4. Oktober 1989 hat der Verteidigungsausschuß den Antrag beraten und empfohlen, ihn abzulehnen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN gefaßt.

In seiner 51. Sitzung am 4. Oktober 1989 hat der Auswärtige Ausschuß beschlossen, die Beratung des Antrags zu vertagen. Am 9. Mai 1990 hat der Ausschuß den Antrag beraten und ihn mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die anwesenden Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN.

Bonn, den 17. Juli 1990

Lamers **Verheugen** **Irmer** **Dr. Lippelt (Hannover)**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333